

DRESDNER REDEN 2021

6. Juni 2021

Franz Müntefering

Frischluff für die Demokratie

Eine Veranstaltungsreihe des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung.



**STAATSSCHAUSPIEL
DRESDEN**



**SÄCHSISCHE
ZEITUNG**

Es kommt ein bisschen viel zusammen. Die Idee von vor dreißig Jahren, dass mit dem Ende der großen Bi-Polarität die ganze Welt sich der Demokratie verschreibe und gemeinsam die Herausforderungen der Zeit annehmen würde, ist arg geschrumpft. Eine veritable Weltklimakatastrophe droht. Die demografische Entwicklung führt zu Hunderte-Millionen-Vertreibungen aufgrund von Gewalt und Elend. Die Digitalisierung verheißt Chancen und eröffnet sie, verteilt aber Geld und Macht neu auf der Welt. Und das Herzblut für die Demokratie, die nun eigentlich überall erreichbar ist, hält sich in Grenzen. Frischluft für die Demokratie ist dringend erforderlich. Möglich ist das, meint **Franz Müntefering**. Aber abhängig von dem, was wir Demokratinnen und Demokraten tagtäglich tun und auf welche Weise; in diesen 20er Jahren werden Weichen gestellt.

DRESDNER REDEN 2021

in Kooperation mit der Sächsischen Zeitung

9. Mai 2021, 11.00 Uhr > dringeblieden

Jenny Erpenbeck *Schriftstellerin*

Grenzbereiche

30. Mai 2021, 11.00 Uhr > dringeblieden

Sven Plöger *Meteorologe*

Zieht euch warm an, es wird heiß!

6. Juni 2021, 11.00 Uhr > Schauspielhaus + dringeblieden

Franz Müntefering *Vizekanzler a. D.*

Frischluff für die Demokratie

13. Juni 2021, 11.00 Uhr > Schauspielhaus + dringeblieden

Aleida Assmann *Anglistin, Ägyptologin und Literatur- und Kulturwissenschaftlerin*

Die Welt im Wandel. Brauchen wir eine neue Sprache und neue Begriffe?

FRISCHLUFT FÜR DIE DEMOKRATIE

Dresdner Rede von Franz Müntefering

Einen schönen guten Tag miteinander, ich grüße Sie alle ganz herzlich, alle, die hierhergekommen sind, und alle, die zugeschaltet sind. Es ist ein gutes Zeichen, dass wir wieder ein bisschen näher an die Präsenz rücken können und ich hoffe, dass wir bald wieder so weit sind, aber vorsichtig bleiben müssen wir und nicht leichtfertig damit umgehen. Ich bedanke mich beim Staatsschauspiel Dresden und bei der Sächsischen Zeitung für die Einladung, für die Initiative und für die Ehre heute bei den Dresdner Reden 2021 mit dabei zu sein. Das ist für mich eine ganz wichtige Sache. Als das feststand, dass ich hier auf der Bühne stehen werde, habe ich überlegt, ob ich schon einmal in solch exklusiver Situation auf der Bühne gestanden habe. Ich habe mich erinnert an eine bayrische Universität, die mich gebeten hatte, etwas dazu zu sagen, ob denn eigentlich Politiker Schauspieler seien, ja oder nein. Ich fand die Frage ein bisschen gefährlich. Was kann man dazu sagen: sind Politiker Schauspieler, ja oder nein? Ich habe das gelöst und gesagt: ja, das sei so. Alle Menschen sind Schauspieler. Politiker sind Menschen, also sind Politiker auch Schauspieler. Dem wollten sie auch nicht widersprechen. Mich hat die Tatsache, dass ich heute im Schauspielhaus bin, an noch etwas erinnert. Ich habe kurz an Herbert Wehner gedacht, den großen Mann, vor 115 Jahren, 1906, Anfang Juli bei Dresden geboren, und seine Hinterlassenschaften zeigen, dass er eigentlich gern Schauspieler werden wollte. Das passte gar nicht zu ihm, wenn man ihn nachher so gekannt hat, glaubt man. Aber er hat in der Tat viel Spaß daran gehabt und sich überlegt, ob das nicht etwas für ihn sein könnte.

Ich bedanke mich, dass mir die Veranstalter die Möglichkeit gegeben haben das Thema selbst zu bestimmen. „Frischluft für die Demokratie“ habe ich gewählt, weil ich glaube, dass es etwas ist, das in diese Zeit passt, woran wir uns alle orientieren können und das auch dringend erforderlich ist. Demokratie ist Menschheitsgeschichte. Sicher ist es ein großer Fortschritt, dass wir in einer Demokratie leben können, in der die Gleichwertigkeit der Menschen unterstellt ist, dass in der Demokratie Recht und Gesetz gelten und dass Demokratie etwas ist, was nicht von Kaisers Gnaden oder von irgendwem, von Diktatoren, gelenkt und geleitet wird. Aber wahr ist natürlich auch, dass auch Demokratien dem Wandel unterliegen. Das heißt, man kann nicht sagen „Demokratie ist, wenn gewählt wird und dann gibt es eine Regierung und ein Parlament“, sondern Demokratie hat auch Lebensbedingungen, unter denen sie stattfindet, Veränderungen. Und die Veränderungen, mit denen wir zu tun haben, die lassen uns fragen –

vernünftigerweise, vorsichtigerweise: ist die Demokratie eigentlich sicher, ist sie eigentlich noch auf der Höhe der Zeit? Muss das ein oder andere bedacht werden bei der Ausgestaltung von Demokratie? Was soll man machen, wie soll Demokratie eigentlich aussehen?

Denn der große Wandel, den wir haben, in der Welt, der ist offensichtlich. Das ist die Globalisierung, die durch die Digitalisierung noch einmal angescharft wird. Eine unvorstellbare Dichte des Zusammenseins der Menschen auf der ganzen Welt. Etwas was sich unsere Großeltern überhaupt noch nicht hätten vorstellen können: dass man in jedem Augenblick mit allen Teilen der Welt verbunden sein kann, dass man relativ einfach überall hinkommen kann, dass viele Menschen das auch tun, dass sich daraus auch Verbindungen und Wohlstand ergeben, dass sich daraus aber auch Konflikte ergeben, unterschiedlicher Art. Große Veränderungen, die sich aus dieser Globalität ergeben.

Wie stark ist eigentlich eine Demokratie in einem Land wie Deutschland, ein Prozent der Weltbevölkerung die wir sind, in einer solchen Welt? Wir fühlen uns ja immer stark, bärenstark. Aber wie stark sind wir wirklich? Das muss man fragen. Und diese Globalität ist nicht das einzige, mit dem die Frage etwas zu tun hat. Es gibt auch die Sorge um das Klima. Manche schieben das weg und sagen „Nach uns die Sintflut“, aber das kann natürlich keine Antwort von jemandem sein, der verantwortungsvoll leben will. Dass die Gefahr groß ist, dass wir auf etwas zugehen, wo die Erde als Wohnstatt für Menschen, für Tiere und für die Natur nicht mehr brauchbar ist, so wie sie heute noch brauchbar ist, das steht fest. Die nächsten Jahrzehnte werden wichtig sein., nicht die nächsten Jahrhunderte. Nicht weit wegschieben, es muss vorangehen, schneller als bisher. Alle sagen uns das und die Frage ist, wer das durchsetzt, wer dafür sorgt, dass das auch wirklich zu Stande kommt?

Die Demografie, eine weitere große Veränderung auf der Welt. Als ich 1950 in der Schule war, da war ich zehn Jahre alt, da musste ich lernen, dass im Jahr 800 Karl der Große zum Kaiser gekrönt wurde und dass es auf der Welt zwei Milliarden Menschen gibt. Das mussten wir beides auswendig lernen, das war für immer. Das mit Karl dem Großen stimmt noch immer, das mit den zwei Milliarden Menschen nicht mehr. Wir sind nicht zwei, sondern 8 oder 8,2 Milliarden Menschen. Und die eigentliche Frage, die wir uns stellen müssen: Wird es im Jahr 2050 eigentlich so sein, dass diese Erde 10 Milliarden Menschen ernähren kann und dass es dabei friedlich bleibt? Das ist die Entwicklung in der wir stecken. Denn die individuelle Lebenserwartung steigt nicht nur bei uns, sondern auf der ganzen Welt. Die Welt wird mehr. Und natürlich kann uns nicht egal sein, wie es den anderen Menschen geht und die Frage ist, was wir eigentlich tun, um dazu beizutragen, dass es gut weitergehen kann, in der Welt insgesamt.

Veränderungen dieser Größenordnung sind da und eine ganz große Veränderung war vor 31 Jahren, als die Mauer fiel und die Zeit der großen Bipolarität zu Ende war. Der Westen,

der Osten. Der Osten, der Westen. Ich sage das als jemand, der an dem Abend im Wasserwerk in Bonn saß, in einem kleinen Behelfsbundessaal, weil ein neuer gebaut wurde. Wir hatten eine Rentendebatte. In diese Rentendebatte hinein kam die Nachricht, da ist was an der Mauer, die lassen die da rüber, da gibt es keine Probleme. Da wurde unterbrochen, es gab noch keine Handys, das ging alles über Telefon. Ich glaub, geschlafen haben wir in dieser Nacht nicht, weil wir, die wir zusammensaßen, wussten, da sind 400 000 Sowjetsoldaten und bei anderen Gelegenheiten ist hart durchgegriffen worden. Es war für uns gar nicht vorstellbar, was da passierte. Und deshalb ist diese friedliche Revolution und das Wort friedlich wird zu selten dazu gesagt, eine ungeheure Sache, eine Sache auf die Deutschland, auf die Sie ganz besonders in diesen Regionen des Landes, stolz sein können. Wer immer daran mitgewirkt hat, dass Deutschland eine Revolution bekam, die friedlich war – im Unterschied zu den USA, im Unterschied zu Frankreich –, das ist für die Geschichtsbücher von unglaublicher Bedeutung, von unglaublicher Kraft und das hat uns alle bewegt. Am anderen Morgen haben wir das verstanden, dass wir kleingläubig waren und den Weg nach vorn miteinander gehen können.

In dieser Welt, die so verändert ist, in der es Osten und Westen eigentlich gar nicht mehr gibt, haben wir diese Begrifflichkeiten ein Stückweit verloren. Sie waren ja auch weniger demografisch gemeint, als inhaltlich und ideologisch. In dieser Welt haben wir uns in Deutschland immer noch die Freiheit erhalten, von Ostländern und Westländern zu sprechen. Ich zuckte immer so ein bisschen zusammen. Ich war jetzt im Norden und habe Kiel und Lübeck, Schwerin und Greifswald gesehen, alles Norden. Gestern bin ich mit dem Zug gekommen, über Braunschweig und Magdeburg. Das ist die Mitte Deutschlands, habe ich gedacht, das ist nicht West oder Ost, das ist die Mitte. Ich will darauf nicht insistieren und ich weiß auch, dass man mit solchen örtlichen, regionalen Zuweisungen und geographischen Beschreibungen lockerer umgehen kann. Wir tun das in Nordrhein-Westfalen auch, das sage ich Ihnen sofort. Aber trotzdem sollten wir lernen, mehr als bisher, dass dieser zweiteilige Schnitt jetzt vorbei ist, und alles dazu beitragen, dass wir den nächsten Schritt gehen können. Deutschland, das ist das Wichtigste, ist die Mitte von Europa. Ganz Deutschland ist die Mitte von Europa. Und dieses Europa ist die größte Geschichte meiner Generation gewesen, im Westen und im Osten ganz sicher auch: dass es möglich war, dass Länder, Nationen, die Jahrzehnte, Jahrhunderte, sich in Kriegen gegenüberstanden, die sich gegenseitig ermordet haben, dass diese Länder sich die Hand gegeben haben und gesagt haben „Lasst uns Freunde sein, nie wieder Krieg, lasst uns dieses Europa bauen“. Ich war ein kleiner Junge als das losging, 1950 und in den Jahren danach. Kaum zu glauben: Da sprachen die Alten noch über die fürchterlichen Kriege und schimpften auf die Franzosen, die Briten, die Amerikaner natürlich und die Russen. Aber in Wirklichkeit hatten sie uns schon die Hand hingestreckt und gesagt „Lasst uns miteinander das Ganze aufbauen“.

Die Amerikaner gaben uns den Marshallplan. Wir hatten in der Bundesrepublik Deutschland den großen Vorteil des wirklich reichen Patenonkels. Die gaben Geld, die gaben Unterstützung, mit dem Ziel, dass der Kommunismus nicht noch weiter vorrücken könnte in Deutschland, in Europa. Das war die Sorge, die alle hatten. Und sie haben die Westdeutsche Region, die Bundesrepublik Deutschland zu einem attraktiven Staat gemacht, in dem es den Menschen bald gut ging und wo die Welt interessiert hinguckte. Nicht, weil wir so grandios gut waren, sondern weil sie da ein Stoppschild gebaut haben gegen den Kommunismus. Und die Deutschen, die in der DDR lebten, hatten einen weniger reichen Patenonkel, sie hatten die schlechteren Karten gezogen, wenn man die Situation als Ganzes sieht, ohne, dass man unterscheiden kann, wie jeder einzelne Mensch das erlebt hat. Das war jedenfalls die Situation, in der wir uns bewegten.

Heute sind wir ein Land, eine Nation und die Nationen bleiben wichtig. Wenngleich diese Welt eine so große Einheit geworden ist mit jetzt 8,2 und dann 10 Milliarden Menschen – die 82 Millionen, die wir sind, das ist nach wie vor wichtig. Und wir müssen unsere Möglichkeiten nutzen, um in Deutschland und in Europa dazu beizutragen, dass von uns aus und von Europa aus alles dafür getan wird, dass es in der Welt weitergehen kann. Wir müssen im Land selbst Solidarität üben untereinander. Und wir müssen als Land nach draußen Urbanität üben, das heißt, offen sein für eine humanistische Welt.

1948, drei Jahre nach Ende des Weltkriegs, zum Schluss waren Atombomben auf japanische Menschen geworfen worden, und es wurde plötzlich begriffen: „Es stimmt, es gibt diese fürchterlichen Waffen, mit denen man definitiv das Leben auf diesem Planeten beenden kann. Es gibt das alles und wie können wir jetzt weiterleben?“ Wir standen in diesem Ost West, in dieser Bipolarität gegeneinander. Wie oft wir in Deutschland-Ost und in Deutschland-West nah an großen Kriegen und auch am Gau gewesen sind, das wird man lesen können, wenn einmal alle Bücher offen sind. Gedroht haben sich die Großen immer wieder damit und dass alle immer die Nerven behalten würden, das kann man, das konnte man nicht zwingend erwarten. Denn wie Menschen sind, kann es passieren. Einmal einen Knopf zu viel gedrückt, einmal der falsche Präsident und es kann passiert sein. Aber das war die Situation, in der wir lebten, in der wir groß wurden und in der wir sehr wohl wussten, dass Deutschland bei allem, was wir im letzten Jahrhundert verursacht hatten, mitspielen konnte und mitspielen musste, damit dieses Europa, das immerhin 5% der Weltbevölkerung ausmachte, nicht wieder auseinanderläuft, sondern seinen Teil dazu beiträgt, dass es gut weitergeht.

Damals gab es einen Augenblick des Erschreckens in der Welt insgesamt. Und alle hatten das Gefühl, wir müssen jetzt Vereinte Nationen machen, alle zusammen. Wir dürfen nicht riskieren, in noch eine Eskalation dieses Atomkrieges zu fallen, sondern wir müssen abrüsten und wir müssen miteinander leben. Dann entstanden die Vereinten Nationen und 1948 im Herbst gab es die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen. Und

in der steht nicht nur, dass wir friedlich sein wollen, sondern der Kern heißt: alle Menschen sind an Würde und an Rechten gleich geboren. Es heißt: die Gleichwertigkeit aller Menschen. Das ist das, was sie da geschrieben haben und viele von den großen Ländern wollten das erst gar nicht unterschreiben. Denn es gab noch Diktaturen, es gab auch noch Sklaverei und keiner wollte sich selbst an den Pranger stellen. Denn wer unterschreibt, dass alle Menschen gleich an Würde geboren sind, der kann nicht gleichzeitig Sklaven halten und Diktator sein. Zum Schluss gab es aber eine riesengroße Zustimmung bei wenigen Enthaltungen, und zustande kam das, weil es eine Frau gab, die nicht nachließ, dies zu fordern: Eleanor Roosevelt, Frau des schon längst verstorbenen amerikanischen Präsidenten. Sie trommelte so lange bei denen, die bei der UNO zusammensaßen, dass dann doch alle unterschrieben haben. Ob wir heute, 2021, nochmal die Unterschriften von allen unter dieses Zeugnis bekämen, weiß ich nicht. Manchmal hat man den Eindruck, dass schon wieder das Gefühl wächst, dass das alles längst vorbei ist und man vor sowas keine Angst haben muss, dass man ruhig mal eine härtere Karte spielen kann. Damals waren alle erschrocken, ob der Möglichkeiten und heute wissen wir, es gibt die Möglichkeiten noch, es gibt die Atomwaffen, im Westen und im Osten und in anderen Ländern auch. An manchen Stellen in den Händen von Leuten, die wahrlich gefährlich sind. Aber das haben wir gelernt mit dem, was die Vereinten Nationen da unterschrieben haben. Und das sollte auch unser Leitmotiv bleiben.

Wenn man über die Demokratie spricht, die Demokratie bei uns im Land, dann ist man schnell bei den Parteien. Im Westen gab es ganz wenige Parteien noch aus der Weimarer Zeit, den ältesten Namen haben die Sozialdemokraten seit 1863. Die Union gründete sich neu, andere Parteien verschwanden ganz oder schufen neue Parteien. Die Geschichte der DDR kennen Sie. Das heißt, es entstanden neue Konstellationen, in denen Staaten sich entwickelten. Die Parteien – das steht im Grundgesetz, das für uns alle gilt und das 1990 nochmal beschlossen wurde – wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. In Artikel 20 des Grundgesetzes steht, dass wir ein demokratischer und sozialer Bundesstaat sind. Und in Artikel 21, ganz vorne, hinter dem Staat, stehen die Parteien. Sie wirken mit. Das klingt nach Brücke, das klingt nach Brückenkopf in die Gesellschaft hinein und so ist das auch gemeint: dass Parteien nicht der Staat sind, sondern dass Parteien die Brücke zwischen der Gesellschaft und den staatlichen Organen sind. Parteien hatten diese Aufgabe, hatten diesen Auftrag und so habe ich das erfahren, als ich 1965 zur SPD ging. Die hatten mal wieder eine Wahl verloren und ich bin da hin gegangen und hab gesagt „Ihr verliert dauernd, ich komm jetzt, ich mach mit“. Das war natürlich hinreichend arrogant und machte mich nicht beliebt bei denen. Aber ich habe bei denen mitgemacht.

1965 war die SPD schon eine Partei geworden, die etwas Wichtiges verändert hat. Es hatte 1959 einen Parteitag gegeben in Bad Godesberg, dort entstand das bekannte

Godesberger Programm und darin steht, dass die Sozialdemokratie von einer Klassenpartei zu einer Partei des Volkes wurde. Was gesagt werden wollte, was gesagt werden sollte: wer in einem Land Verantwortung trägt, ganz gleich, welche Partei es ist, hat Verantwortung für das Ganze, nicht nur für einen Teil. Wir fühlten uns der Arbeiterschaft in besonderer Weise verbunden, aber Verantwortung für das ganze Land tragen, das ist das, was jede demokratische Partei unterschreiben muss, wenn sie die Möglichkeit bekommt, ein Land zu regieren und dafür zu sorgen, dass Politik für dieses Land gemacht wird.

Die demokratischen Parteien brauchen ein Grundvertrauen zueinander. Sie müssen sich sicher sein, dass wenn der andere gewinnt und man einmal selbst bei einer Wahl nicht in die Regierung kommt und nicht bei der Mehrheit ist, dass dann die anderen das System nicht verändern. Dass sie keine Gerichte entlassen, dass sie keine Wahlen manipulieren, dass sie Wahlergebnisse, die ordentlich zustande gekommen sind, auch akzeptieren. Alles Dinge, bei denen einem sofort Ländchen einfallen, um uns herum und jenseits des Teiches, wo das nicht stimmt. Aber das ist es, was demokratische Parteien ausmacht. Nicht, dass wir dasselbe meinen, sondern dass wir uns um den richtigen Weg streiten, den man gehen muss. Man kann durchaus an vielen Stellen unterschiedlicher Meinung sein und unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Aber man muss sicher sein, dass der Streit, den wir untereinander führen, nach demokratischen Regeln geführt wird. Wir kämpfen von vorn als Demokraten. Wir stecken uns nicht das Messer gegenseitig in den Rücken. Das muss immer klar sein. Und dieses Vertrauen muss auch garantiert sein.

Es hat Situationen gegeben, als das in Frage stand und als wichtige Leute ein Zeichen gesetzt haben. 1960 trat Herbert Wehner vor den Deutschen Bundestag, er sprach für die Sozialdemokratie zu einem Thema, das seit 1948 umstritten war zwischen Adenauer, der Union und der Sozialdemokratie, nämlich zur Westorientierung. Die Sozialdemokraten hatten noch lange dafür gestritten, das offen zu lassen in Richtung Vereinigung, Wiedervereinigung wie das damals hieß. 1960 trat Wehner vor den Bundestag und sagte „Wir haben dagegen gekämpft, aber diese Entscheidung, die wir jetzt hier haben, auch für Europa, die wurde von einer demokratischen Regierung angestrebt und vom Parlament beschlossen, und die Welt muss uns vertrauen können. Diese Politik ist jetzt auch unsere Politik.“ Das hat nicht allen in der SPD gefallen. Manche in der CDU haben sich gefragt, was das für ein Trick sei, was er macht. Nein, das war ehrlich.

Aber ich will noch ein zweites Beispiel nennen. 1982, konstruktives Misstrauensvotum, Helmut Kohl gegen Helmut Schmidt. Helmut Kohl gewann und er war Kanzler. Er hatte zuvor immer gegen die Ostverträge agitiert, die Willy Brandt, Walther Scheel und Egon Bahr mit Moskau, Warschau und Berlin gemacht hatten. Kohl sagte 1982/83: „Diese Verträge wurden von meinem Land demokratisch entschieden und gesetzt und sie gelten jetzt natürlich auch für mich, für uns.“ Die Verlässlichkeit eines Landes darf nicht von einem

Regierungswechsel nach demokratischen Wahlen abhängen. Man muss in der Welt wissen, dass man sich auf sie verlassen kann – in Deutschland, in Europa, weltweit. Und deshalb sind diese Beispiele ein Lehrstück.

Wie weit das damals ging, ist etwas, was ich heute noch gern in meiner eigenen Partei erzähle, weil wir alle nicht mehr so recht etwas davon wissen wollen. Von 1965 bis 1969 gab es eine große Koalition mit Kurt Georg Kiesinger, der Ludwig Erhardt ablöste, und Willy Brandt als Vize. Die beiden saßen nebeneinander, als ob sie nicht miteinander sprechen könnten. Das war auch eine heikle Situation, weil Kiesinger Mitglied der NSDAP gewesen und Willy Brandt davor geflohen war. Die saßen da nun nebeneinander. Als es dann 1969 die Wahl gab, war die CDU/CSU zwar die stärkste Partei, aber SPD und FDP zusammen hatten eine Mehrheit, mit wenigen Mandaten, drei oder vier. Willy Brandt und Walter Scheel, der Sozialdemokrat und der Liberale, setzten sich zusammen und beschlossen, eine Koalition zu machen. Am Sonntag war die Wahl, am Dienstag verkündeten sie das. Und drei oder vier Wochen später, noch im Oktober – Anfang Oktober war gewählt worden – hielt Willy Brandt seine Regierungserklärung.

Und darüber wurde vorher in der Fraktion gesprochen. Ich war nicht dabei, ich bin erst 1975 dazugekommen. Aber das ist eine legendäre Geschichte, das war 1969. Dann haben die Sozialdemokraten in der Fraktion Willy Brandt gefragt „Was ist, wenn Scheel nicht das macht, was du mit ihm besprochen hast, wenn wir in der Regierung sind?“ Willy Brandt soll da gesagt haben, dass Walther Scheel ihm das mit Handschlag versprochen habe. Wer von uns würde das heute noch auf Handschlag machen? Aber es zeigt etwas, ohne das man nicht auskommt: Wenn man miteinander regiert, muss das wie auf Handschlag sein. Wenn Leute miteinander in einer Regierung sind, aber nur gegeneinander arbeiten und sich gegenseitig das Leben schwer machen, wenn es nicht mehr um die gemeinsame Sache im Interesse des Landes geht, dann ist das nicht Sinn der Veranstaltung. Das Vertrauen ist eine ganz wichtige Sache, und es macht sich fest am Verhalten von ganz konkreten Menschen.

Eines der Probleme ist – und das ist mein nächster Punkt –, dass die Koalitionsverträge seitdem gewachsen und gewachsen sind. Als wir 1998 und 2002 mit den Grünen Koalitionsverträge machten, waren es so 40 oder 50 Seiten. Als ich 2005 mit Angela Merkel einen Koalitionsvertrag machte, waren es 180 Seiten, einschließlich konkreter Texte zur Föderalismusreform. Was ich sagen will ist, dass die Parteien und Fraktionen sich angewöhnt haben, immer mehr, was sie in den vier Jahren machen wollen, akkurat aufzuschreiben. Es entsteht so etwas wie ein Arbeitsheft, das man strikt abzuarbeiten versucht. Was nicht drinsteht, kommt nicht. Was drinsteht, kommt. Interessanter wird das Parlament so nicht. Die Journalisten wissen nicht, was sie Neues dazu schreiben sollen, denn sie haben ja alles schon gewusst, es stand ja schon drin.

Aber nun ist das Leben tückisch, immer kommt irgendwas dazwischen, was nicht im Koalitionsvertrag steht. Das war die Weltwirtschaftskrise. Das war Fukushima. Das war die große Zuwanderung und das war dieses Mal die Pandemie. Kein Wort davon stand in den Koalitionsverträgen und man musste trotzdem gemeinsam Politik machen und hat das auch getan. Die demokratischen Parteien müssen sich streiten um den richtigen Weg. Aber sie dürfen nicht in Misstrauen miteinander leben und Verträge machen, sondern müssen sich trauen. Versprochen ist versprochen, der Handschlag gilt. Und wir machen miteinander das Bestmögliche daraus für das Land. Das ist etwas, was für die Demokratie ganz wichtig ist, weil sonst die Menschen daran zweifeln.

Das Parlament ist nicht nur Gesetzgeber, sondern es ist Kontrolleur der Regierung, der Exekutive, und es ist Partner der politischen Parteien und die wiederum sind die Brücke in die Gesellschaft. Das Parlament ist die Volksvertretung, und es hat natürlich auch die Aufgabe, mit dem Volk zu sprechen und die wichtigen Themen auf die Tagesordnung zu bringen. Unser Parlament hat ein Defizit entwickelt, was die Diskussion der schwierigen Themen angeht. Man versucht, das leise zu lösen. Manche meinen vielleicht, man dürfe die Menschen nicht verängstigen. Ich glaube, dass es nicht gut ist, wenn man Menschen betüdtelt, sondern dass es gut wäre, wenn die Politik, wenn das Parlament deutlicher als bisher die großen Probleme, die es natürlich gibt, zum Gegenstand nehmen würde zu großen Debatten. Ich stelle mir eine Debattenwoche im Deutschen Bundestag vor, zu der Frage, welche Beruf- und Lebenschancen die jetzt gerade 15- bis 18-Jährigen haben? Was müssen wir denen sagen? Wo sind deren Chancen? Welche Fähigkeiten brauchen wir in der Gesellschaft? Woher kommen Pflege- und Sozialpersonal? Wie wird das in den nächsten Jahren sein, was für eine Chance haben bestimmte Berufe? Welche Chancen hat ein Studium und welche Chancen haben die Dualen Berufe, wo sich schon an vielen Stellen große Lücken ankündigen? Denn, und das ist die andere Seite der Demographie, es gibt nicht nur die internationale, sondern auch die bei uns im Land selbst. Wir haben eine wachsende individuelle Lebenserwartung. Man kann sich das leicht merken: 1965 lag die bei durchschnittlich 65 Jahren, heute sind wir zwischen 80 und 83 Jahren. Die Frauen leben etwas länger als die Männer. Sie sagen uns nicht, wie man das macht, das kriegen wir aber noch heraus, denn das wollen wir natürlich auch. Das wird sich weiter steigern auf 85, 86, 87 Jahre. Wir sind heute 5,5 Millionen Menschen, die 80 Jahre oder älter sind. Davon sind 80 % noch so gut drauf, dass sie für sich selbst sorgen können. Man geht an der Treppe vorsichtig und hält sich lieber fest. Man stolpert auch schon mal leichter, man hat nicht mehr so viel Kraft und Geschwindigkeit, aber eigentlich sind 80 % der 80-Jährigen noch ganz gut drauf. Diese 5,5 Millionen 80-Jährige und darüber, das werden in 15 bis 20 Jahren so ungefähr 8 Millionen sein. Denn die Gruppe der über 65-Jährigen wächst von heute 22 % auf 26, 27, 28 %. Mehr als ein Viertel ist dann Rentnerinnen und Rentner und die Gruppe der jüngeren wird kleiner.

Die höchsten Geburtenzahlen gab es in Deutschland - in Ost und West in der Tendenz ziemlich gleich – Mitte der 1960er Jahre. Genau 1964: 1,4 Millionen. 1970 waren es noch 700.000 bis 800.000 und bei dieser Zahl hat es sich etwa festgebissen. Diese Kohorte der hohen Zahl wächst gerade ins Rentenalter. Wie leben länger, exorbitant ansteigend. Und die ballistische Lebenskurve, wo das zu Ende geht, die kommt ein ganzes Stück später. Da stellt sich die Frage, wer die Arbeit macht, wenn wir das nicht mehr können? Haben wir genug davon? Können die die Berufe, die gebraucht werden? Ich bin immer noch bei der Debatte, die mal geführt werden sollte im Deutschen Bundestag.

Wenn man über Demografie in der Politik spricht, dann sagen alle „Ja, das wissen wir alle, warten wir ab“, aber das ist keine Antwort. Das sind Geschehnisse, die dauern 20 bis 30 Jahre. Diese Entwicklung ist ja noch tiefergehend. In den großen Städten ist die Bevölkerungszahl noch einigermaßen stabil, eher steigend, wenngleich auch bei den Älteren wachsend. In Berlin gibt es 50% Einpersonenhaushalte, davon 75 bis 80% junge Menschen, Studentinnen und Studenten. Die anderen sind auch Ältere und Alte, von denen recht viele alleine leben, da entsteht auch Einsamkeit Die Frage ist, wie man damit umgeht, mit der Tatsache, dass die Menschen, die in den Dörfern, in der Region wohnen, nicht mehr drei oder vier Kinder haben, sondern eins oder maximal zwei. Die Hälfte von denen macht Abitur und zieht zum Studium in die Stadt. Nicht alle kommen wieder oder anders gesagt: Die meisten von denen, die gehen, kommen nicht wieder. In den Regionen gibt es eine starke Unterjüngung, wie wird das in 15 bis 20 Jahren sein?

Handfeste Probleme, über die man diskutieren muss, offen und öffentlich. Auch wenn einem Lösungen einfallen, die nicht ganz einfach sind und man Kritik dafür erntet, man muss darüber sprechen. Dinge verschweigen und beiseiteschieben, das ist keine Lösung. Das Parlament sollte solche Diskussionen führen und sollte dafür sorgen, dass wir uns rechtzeitig über all die großen Dinge, die vor uns liegen, Gedanken machen. Viele andere Aufgaben stehen an. Ich sage ausdrücklich aus eigener Erkenntnis: Es ist nicht so, dass die Politik die Probleme nicht erkennt, aber man überlegt leicht, ob es opportun sei, etwas öffentlich zu machen, wie viel Ärger man bekäme, wenn man anfrage darüber zu sprechen oder ob vielleicht die anderen anfangen darüber zu sprechen. Es muss der Mut da sein, Probleme anzusprechen und darüber zu sprechen, wie man die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen sichern kann.

Das, was die UNO mit Gleichwertigkeit der Menschen beschrieben hat, hat auch seinen Niederschlag im Grundgesetz, bei der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Das heißt nicht, dass wir davon ausgehen können oder müssen, dass man überall dieselben Lebensbedingungen hat – in Dresden sind sie nicht so, wie in irgendeinem kleinen Dorf 50 oder 100 Kilometer entfernt. Es gibt unterschiedliche Bedingungen. Aber Lebensqualität ist etwas, das man gewisser Weise messen kann. Mancher lebt lieber in einer großen Stadt, mancher lieber in einer nicht so großen Stadt. Und wenn man die

Menschen auf dem Dorf fragt, ob sie gern hier lebten, dann sagen sie meistens ja. Hier gibt es Vereine, hier kennt man die Leute, hier ist man immer gewesen, man will nicht den Rummel. Andere möchten das anders. Das muss in Vielfalt möglich sein. Wir wollen keine Verstärkung, indem wir die großen Städte zu ganz, ganz großen Städten machen. Wir haben ja ohnehin keine ganz, ganz großen Städte in Deutschland. Berlin ist mit seinen 3,5 Millionen so groß wie ein Stadtteil von London. Das ist ein Vorteil, den wir in Deutschland haben: dass wir mit unserer Geschichte viele kleine Länder waren, die viele Zentren hatten; auch ein paar Solitäre, aber insgesamt zieht sich eine lockere Struktur übers ganze Land. Die sollten wir pflegen und wir sollten in den größeren und reicheren Städten und Ländern auch denen helfen, die zurzeit nicht so viel Geld haben.

Wenn man sich das mal genau anschaut, passiert Folgendes: In irgendeinem kleinen sächsischen Dorf leben heute zehn oder fünfzehn Kinder. Die Hälfte von ihnen macht Abitur, und dann sind sie irgendwann weg. Ich mag das Wort Humankapital nicht, aber was da passiert, ist, dass aus der Fläche heraus Menschen, die etwas können und die etwas gelernt haben, in die Ballungszentren ziehen, die davon profitieren. Deshalb dürfen Ballungszentren nie hochmütig sein und sagen, sie seien besser als die Kleinen. Sondern sie müssten den Kleinen etwas dafür geben, dass sie so gut ausgebildete Kinder und junge Menschen in die großen Städte, in die Ballungszentren ziehen und dort berufstätig sein lassen. Vieles ist sehr viel differenzierter. Aber ein bisschen ist es ja doch so und deswegen ist es etwas, das wir unseren Parlamenten abverlangen müssen. Sie müssen dafür sorgen, dass die wichtigen Dinge auf die Tagesordnung der Parlamente kommen und dass das Land darüber spricht. Dazu können Expertengruppen gebildet werden, dazu kann man Anhörungen machen, dazu kann man Menschen nach Berlin einladen, damit sie wieder näher ans Parlament rücken und erkennen, wie da Meinungsbildung stattfindet; damit es nicht so etwas ist, das ganz weit weg ist und wovon man gar nicht weiß, was alles so passiert und was man schlecht beurteilen kann. Sondern dass es etwas ist, was wir auf jeden Fall haben müssen, als Demokratie, wenn wir selbst versuchen, Gutes daraus zu machen.

Demokratie ist aber nicht nur der verfasste Staat und die Exekutive, die Regierung. Dazu könnte man noch vieles sagen, nach der Pandemie oder am Ende der Pandemie, hoffe ich mal. Ich will gar nicht vorlaut sein, hoffentlich kommt da nichts auf uns zu. Jedenfalls muss über einige Zusammenhänge noch diskutiert werden. Und ich sag mal vorweg: Ich bin froh, dass wir den Föderalismus haben. Der zwar dazu führt, dass es unterschiedliche Botschaften zwischen den Ländern gibt und manchmal auch Streit und manchmal auch Durcheinander, manchmal hat man gesagt „Kinder vertragt euch, ein Wort, dann ist das okay“. Aber der Föderalismus bedeutet schon, dass ein ganzes Stück Meinungsbildung in der Fläche stattfindet, dass nicht nur von oben Kommando gegeben werden kann. Wir sollten keinen Weg zu einer Kanzler- oder Präsidialdemokratie gehen, wie wir es in den

USA in den letzten Jahren erlebt haben. Umso schlimmer die Schwierigkeit der Meinungsbildung, des Kompromissnehmens, des Bündelns von Überzeugungen, was die Demokratie aber leisten muss.

Die Geschwindigkeit, in der heute in der Politik an manchen Stellen leider Entscheidungen getroffen werden, ist gefährlich. Das Wort aus dem Dorf „Da muss ich einmal drüber schlafen“ ist nicht so falsch. In meiner Zeit als Minister riefen die Journalisten im Auto an und sagten: „Herr Minister, es ist Folgendes passiert, was ist Ihre Meinung, ich möchte etwas schreiben.“ Dann habe ich gesagt: „Ich habe davon noch nicht gehört, ich muss es mir erstmal angucken, ich muss Genaueres wissen.“ Darauf der Journalist: „Ich sag Ihnen, wie das war.“ Und dann sagte ich: „Nein, ich will genau wissen, wie das war, dann sage ich Ihnen morgen früh um 10 Uhr, was ich meine.“ Heute kann man das nur einmal machen, der Journalist ruft nicht an, der braucht jetzt eine Meinung. Das wiederum führt dazu, dass die Politik verleitet wird, so zu sprechen, dass alle Kanten weg sind und dass man auf keinen Fall vor Gericht kommt und man auf keinen Fall etwas Falsches sagt. Wenn man nicht das Richtige sagen kann, dann sagt man irgendwas, was weichgespült ist und die Leute fragen, was man eigentlich meine und ob man nicht Klartext sprechen könne. Wir müssen uns zugestehen, dass man, wenn man Klartext sprechen soll, vorher Zeit gehabt haben muss, sich Gedanken zu machen und eine Meinung zu haben, um dann auch zu der Meinung zu stehen, man will ja keine weiche Welle. Aber Demokratie ist nicht, dass etwas passiert und man sofort eine Meinung dazu hat. Es gibt so viel Menschen im Moment, die eine Meinung zu irgendetwas haben. Wenn man sie nach einer Erklärung fragt, dann ist es zappenduster, dann ist Schluss, dann hat jemand anderes das auch gesagt oder man meint das eben so. Man muss es nicht begründen, das ist doch ganz klar, und das ist verheerend und schlimm. Immer nochmal nachdenken, immer nochmal überlegen, was ich eigentlich tun oder machen kann, wie ich mit etwas umgehe, wie das in Wirklichkeit ist.

Demokratie ist nicht nur Staat und Verfassung, Demokratie ist eben auch Lebensform. Auch um die geht es und sie braucht Frischluft. Das betrifft jeden und jede von uns. Thatcher hatte Unrecht. Sie hat mal gesagt, es gebe keine Gesellschaft. Doch es gibt eine Gesellschaft, das sind wir miteinander. Individuum und Gesellschaft sind Teil der Demokratie. Sie sind nicht nur Figuren im Spielfeld, die von Zeit zu Zeit mal wählen und Zwischenrufe machen dürfen, sondern das Grundgesetz selbst gibt die klare Botschaft, Artikel 1 bis 19.

Das deutsche Grundgesetz fängt nicht mit dem Staat, sondern mit dem Einzelnen an. Die ersten neunzehn Artikel um das Individuum, um jeden einzelnen Menschen. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Diese Artikel beziehen sich auf das Individuum, auf die Gegner und die Feinde der Demokratie, die wissen, dass die Gleichwertigkeit aller Menschen der Wesenskern aller Demokratie ist. Dass es Menschen gibt, die man vielleicht nicht leiden kann und die ganz seltsame Ansichten haben, die aber als Menschen

denselben Anspruch haben wie wir alle, als Menschen genommen zu werden, und dass sie den Versuch wert sind, mit ihnen zu sprechen. Der Kampf mancher gegen die Spielregeln der verfassten Demokratie als Staat ist oft nur ein Ablenkungsmanöver. In Wahrheit geht es den Gegnern um das Essenzielle. Sie wollen die Gleichwertigkeit aller Menschen nicht akzeptieren, sie manipulieren deshalb die äußeren Formen der Demokratie, wenn man ihnen dazu Gelegenheit gibt. Wir dürfen sie ihnen nicht geben.

Ich will Ihnen meine Sorge klar sagen, sie gilt auch international: Wohlstand in einem Land hängt nicht von der Demokratie ab. Das wissen die Menschen, und das wissen auch die Leute, die Demokratie nicht mögen. Es gibt Staaten auf diesem Planeten, die pfeifen auf die Demokratie, oder sie tun auf dem Papier so, als wären sie demokratisch, und kaschieren ihre wahre Absicht, sorgen aber dafür, dass es den Menschen einigermaßen gut geht. Das war die Methode mit der es 1930 auch begann. Die Nazis haben Autobahnen gebaut, sie haben Häuser gebaut, die sie großen Familien geschenkt haben, sie haben für Arbeitsplätze gesorgt. Aber bezahlt wurde das auf eine fürchterliche Weise, denn sie haben die Gleichwertigkeit der Menschen nicht akzeptiert und massenhaft Menschen ermordet. Davon sind auch heute manche Regime nicht frei. Und selbst in Europa sprechen einige wieder von einer autoritären Demokratie und von solchen Zusammenhängen. Da weiß man, dass sie die Demokratie nicht wollen, sondern nur freundlich über sie sprechen, weil Demokratie immer noch einen guten Namen hat. Demokratie verbindet sich mit Aufgeklärtheit, mit Humanität, mit wirtschaftlichem Erfolg. Deshalb sind auch die Orbans und die in der Türkei und anderswo, ich will jetzt keinen Namen nennen, deshalb sind die so weit weg von der Demokratie und deshalb sind die auf Wegen, die in die falsche Richtung führen können, nicht führen müssen, aber führen können.

Wir müssen die Menschen erreichen und müssen mit ihnen sprechen über das, was wir uns als demokratische Lebensform vorstellen. Es geht im Kern nicht um die Idee, sondern es geht um die Lebenswirklichkeit. Es geht um die Sicherung des Postulates, dass alle gleich sind; um die Solidarität zwischen Menschen und in der Gesellschaft; um die Gleichwertigkeit, die praktiziert werden muss. Und es geht darum, ob wir als Menschen unsere Möglichkeit erkennen, unseren Teil in der Lebensform Demokratie beizutragen. Da spreche ich insbesondere auch die Älteren an, die eine gute Währung haben, die sie einsetzen können. Das ist die Zeit. Wir hätten Zeit, wir haben Zeit, mal mit dem Nachbarn zu sprechen oder uns zu treffen; zu helfen in Vereinen, Verbänden, Organisationen, bei Hospiz- und Palliativverbänden, in Seniorenheimen, in Nachbarschaften; vielleicht aber auch Patenschaften zu übernehmen, für Kinder, die nicht allein in der Schule klarkommen. Es gibt genügend 65- oder 67-Jährige und zahlreiche auch 70 plus, die noch was wissen und können, die Erfahrungen haben und ihre Lebenserfahrung weitergeben können an die, die im Leben stehen.

Ich glaube, dass gerade in dieser Pandemiezeit deutlich geworden ist, dass wir sehr viel über die Älteren gesprochen haben. Ich war auch bei denen dabei, die gesagt haben, dass es so nicht geht, wie es gemacht wurde mit Älteren. Aber ich habe auch Riesenrespekt vor den Familien mit aufwachsenden Kindern, die nicht in die Kita und Schule konnten; vor den Eltern, die Schwierigkeiten hatten mit dem Job klarzukommen, nicht überall ging Homeoffice. Da ist Unglaubliches geleistet worden, und manchmal hat es auch nur geklappt, weil Opa und Oma in der Familie noch eine große Rolle spielen und weil sie mithelfen, dass man die Familie im Alltag organisiert bekommt. Helfen und sich helfen lassen, darauf kommt es an. Das ist die Frischluft für Demokratie als Lebensform. Wir dürfen zuversichtlich sein, aber nicht leichtfertig optimistisch was die Zukunft angeht. Die Gewissheit, dass immer alles gut geht, sollten wir nicht haben.

Das gilt auch für den Klimaschutz, bei dem ich immer noch eine Ambivalenz sehe und höre. Die jungen Leute, die sagen „Ihr müsst schneller machen“, haben Recht. Und natürlich kann man sich die Katastrophen des Klimaschutzes auch anders vorstellen als einen Atomwaffenkrieg, der in kürzester Zeit fast alles zerstört. Man kann sich vorstellen, dass sich das beim Klima über Jahrzehnte hinzieht und dass immer noch Teile der Erde bleiben, wo man gut leben kann. Nicht überleben werden das die Armen und die Schwächeren. Sie werden es sein, die bezahlen, Millionen und Milliarden. Und deshalb stehen wir insgesamt vor der Frage, was wir tun können, was wir ganz konkret tun, um diese Riesengefahr zu stoppen?

Was tun wir aber auch, um Krieg und Gewalt so niedrig wie möglich zu halten? Es ist eine große Herausforderung, den Frieden zu wollen und trotzdem Waffen haben zu müssen oder zu wollen – ein Streit, der meine Generation über Jahrzehnte begleitet hat. Und die stehen nicht an, um zu sagen „Ich glaube, solange es den Abel gibt, gibt es auch den Kain und es muss jemanden geben, der ihn daran hindert, das Messer anzusetzen.“ Man darf da nicht blauäugig sein, aber man muss wissen, dass das Ziel Frieden und Solidarität heißt. Gefahren können gebannt werden, wenn wir demokratische Regeln gelten lassen, wenn wir unsere Demokratie stützen und unterstützen und wenn wir selbst die Regeln in der Demokratie achten. Wenn wir Feinden der Demokratie die Gleichwertigkeit aller Menschen nicht erlassen, sondern – wenn sie das nicht akzeptieren – ihnen keine Chance geben. Wir haben die Verantwortung dafür und auch die Wahl.

Ich wünsche Ihnen meine Damen und Herren, dass Sie ein bisschen von dem, was ich angesprochen habe, akzeptieren konnten, dass Sie das ein oder andere nochmal erwägen, dass Sie bei dem ein oder anderen mir sicher auch widersprechen, dass Sie aber in dieser Demokratie mitmachen, dass Sie sich überlegen, ob es nicht doch demokratische Parteien gibt, in denen man mitmischen kann, und zwar so, dass man seine eigene Identität nicht abgeben muss. Parteien haben kein Recht, dem Einzelnen seine Meinung abzunehmen und ihn zu zwingen, die Meinung der Partei – was ist das eigentlich? – anzunehmen. Die

Identität des Einzelnen, die ist unzerstörbar und die Verantwortung des Einzelnen auch. Keiner, der einer Partei, einer Gruppe, einem Verband oder einer Organisation beitrifft, hat das Recht, auf seine eigene qualifizierte Meinung zu verzichten und die Mehrheitsmeinung der Gruppe ohne Weiteres anzunehmen. Oft werden Kompromisse gesucht und oft wird abgestimmt. Und ich kann Ihnen sagen, bei den meisten Entscheidungen, die ich in der Politik habe treffen müssen, auch in wichtigen Funktionen, war ich nicht hundertprozentig einer Meinung mit dem, was gemacht wurde. Aber so entstehen demokratische Meinungen. Manchmal habe ich mit Recht Skepsis gehabt, manchmal hat sich meine Skepsis als unbegründet erwiesen. Nur, wenn man es so miteinander angeht und sich vertraut, dass alle das Bestmögliche daraus machen, kann eine Demokratie wirklich funktionieren. Aber möglich ist das, keine Frage. Und das muss unser Ehrgeiz sein und feste Entschlossenheit.

Ich wünsche Dresden alles Gute, der Region, unserem Land insgesamt und Ihnen persönlich zu Hause, denen, die zugesehen haben, und denen, die hier im Schauspiel sind. Und dass dieses Haus bald wieder öffnen kann, ich habe eben schon mit dem Intendanten gesprochen, er sagte, er hoffe darauf, er sei startklar. Sobald die Möglichkeiten da sind, sind die Künstler wieder auf der Bühne. Ich hoffe, dass das bald wieder möglich sein wird und dass dann die Demokratie und das Theater wieder eine Blütezeit haben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und kommen Sie gut nach Hause und bleiben Sie gesund.

Ich muss Ihnen noch schnell erzählen: Ich bin ein Mensch ohne Uhr. Jeder hat ja so seinen Aberglauben, ich habe irgendwann mit zwanzig Jahren meine Uhr abgelegt, weil sie mich nicht mehr gängeln lassen wollte, und das ging nicht immer gut. Hans-Jochen Vogel hatte immer zwei Uhren, der war vollkommen entgeistert, als er festgestellt hat, dass ich keine habe. Das führt aber dazu, dass man ein gewisses Zeitgefühl bekommt. Ich sollte eine Stunde sprechen und der Intendant sagt mir, das hätte ich ziemlich genau gemacht, ohne Uhr. Man darf aber auch den Uhren nicht alles glauben. Ich wünsche Ihnen alles Gute, zeitlos, ob mit oder ohne Uhr.

DRESDNER REDEN 1992 – 2021

1992

Günter Gaus – Christoph Hein – Egon Bahr – Willy Brandt
Dieter Görne, Thomas Rosenlöcher, Uta Dittmann, Wolfgang Ullmann

1993

Hans-Dietrich Genscher – Friedrich Schorlemmer – Tschingis Aitmatow –
Regine Hildebrandt
Hildegard Hamm-Brücher, Heinz Czechowski, Heinz Eggert, Rainer Kirsch

1994

Heiner Geißler – Konrad Weiß – Wolfgang Thierse – Christa Wolf
P. Lothar Kuczera S.J., Benedikt Dyrlich, Hanna-Renate Laurien, Antje Vollmer

1995

Horst-Eberhard Richter – Alfred Hrdlicka – Kurt Biedenkopf – Walter Jens
Hans-Joachim Maaz, Werner Stötzer, Ludwig Güttler, Günter Jäckel

1996

Hildegard Hamm-Brücher – Margarita Mathiopoulos – Dževad Karahasan – Fritz Beer
Wolfgang Lüder, Bärbel Bohley, Hubert Kross jr., Dieter Schröder

1997

Günter de Bruyn – Libuše Moníková – Günter Grass
Thomas Rosenlöcher, Friedrich Christian Delius, Volker Braun

1998

Jens Reich – Fritz Stern – Adolf Muschg – György Konrád
Janusz Reiter, Kurt Biedenkopf, Sigrid Löffler, Karl Schlögel

1999

Jutta Limbach – Brigitte Sauzay – Andrei Pleșu – Rolf Schneider
Steffen Heitmann, Rudolf von Thadden, György Konrád, Hans-Otto Bräutigam

2000

Peter Sloterdijk – Wolfgang Leonhard – Wolf Lepenies
Eberhard Sens, Johannes Grotzky, Friedrich Schorlemmer

2001

Adolf Dresen – Rita Süsmuth – Daniel Libeskind – Volker Braun
Sigrid Löffler, Wolfgang Thierse, Heinrich Wefing, Friedrich Dieckmann

2002

Bassam Tibi – Alice Schwarzer – Daniela Dahn – Egon Bahr
Reiner Pommerin, Alexander U. Martens, Ingo Schulze, Friedrich Schorlemmer

2003

Michael Naumann – Susan George – Wolfgang Ullmann
Moritz Rinke, Peter Weissenberg, Jens Reich

2004

Hans-Olaf Henkel – Joachim Gauck – Karl Schlögel
Martin Gillo, Frank Richter, Alexandra Gerlach

2005

Dieter Kronzucker – Klaus von Dohnanyi – Christian Meier – Helmut Schmidt
Susanne Kronzucker, Aloys Winterling, Dieter Schütz

2006

Hans-Jochen Vogel – Heide Simonis – Margot Käßmann – Joschka Fischer
Christoph Meyer, Dieter Schütz, Reinhard Höppner, Mario Frank

2007

Gesine Schwan – Valentin Falin – Gerhard Schröder – Oskar Negt
Katrin Saft, Egon Bahr, Martin Roth, Friedrich Schorlemmer

2008

Elke Heidenreich – Lothar de Maizière – Peter Stein – Julia Franck
Karin Großmann, Hans-Joachim Meyer, Peter Iden, Eva-Maria Stange

2009

Fritz Pleitgen – Jörn Rösen – Jan Philipp Reemtsma – Meinhard von Gerkan
Wolfgang Donsbach, Jürgen Straub, Harald Welzer, Wolfgang Hänsch

2010

Kathrin Schmidt – Dieter Wedel – Peter Kulka – Bernhard Müller
Jörg Magenau, John von Düffel, Dieter Bartetzko, Eva-Maria Stange

2011

Charlotte Knobloch – Rüdiger Safranski – Jonathan Meese – Dietrich H. Hoppenstedt

2012

Frank Richter – Gerhart Rudolf Baum – Andres Veiel – Ingo Schulze – Ines Geipel

2013

Stephen Greenblatt – Markus Beckedahl – Jürgen Rüttgers – Nike Wagner

2014

Heribert Prantl – Roger Willemsen – Jürgen Trittin – Sibylle Lewitscharoff

2015

Heinz Bude – Carla Del Ponte – Jakob Augstein – Andreas Steinhöfel – Michael Krüger

2016

Naika Foroutan – Peter Richter – Giovanni di Lorenzo – Joachim Klement

2017

Ilija Trojanow – Lukas Bärfuss – Eva Illouz – Matthias Platzeck

2018

Richard Sennett – Norbert Lammert – Dunja Hayali – Eugen Ruge

2019

Doris Dörrie – Karola Wille – Robert Menasse – Ian Kershaw

2020

Ulrich Wickert – Hartmut Rosa – Marion Ackermann – Miriam Meckel

2021

Jenny Erpenbeck – Sven Plöger – Franz Müntefering – Aleida Assmann

IMPRESSUM

Spielzeit 2020/2021

HERAUSGEBER Staatsschauspiel Dresden

INTENDANT Joachim Klement KAUFMÄNNISCHER GESCHÄFTSFÜHRER Wolfgang Rothe

GRAFISCHE GESTALTUNG Andrea Dextor

TEXTNACHWEISE Alle Rechte liegen bei den Redner*innen.

GENDERHINWEIS

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird in dieser Publikation an manchen Stellen auf eine geschlechtsneutrale Differenzierung, z. B. Besucher*innen, verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Menschen.

Das Staatsschauspiel Dresden ist Mitglied
der European Theatre Convention.



03.2021